



Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 108'536
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 7
Fläche: 53'749 mm²

TRANSPORTGEWERBE - Der teure Diesel und der starke Franken wirken sich immer stärker auf die Tarife aus. Die Camionneure werden die Mehrkosten vermehrt abwälzen müssen.

Die Preise werden steigen



Die verschlechterten Rahmenbedingungen haben Folgen: Noch fahren zwar die meisten Lastwagen mit Schweizer Nummern - doch das «Ausflaggen» greift um sich.

Die Transportbranche bekommt – wie die übrige Wirtschaft auch – die steigenden Treibstoffkosten und den nach wie vor sehr starken Schweizer Franken immer mehr zu spüren. Nicht nur SBB Cargo, die unlängst ausserordentliche Preisanpassungen ankündigen musste, ist davon betroffen. Michael Gehrken, Direktor des Schweiz. Nutzfahrzeugverbandes Astag: «Auch viele private Transportunternehmen werden diese zusätzliche Belastung nicht selber tragen können. Steigende Transportpreise sind teilweise kaum mehr zu vermeiden.»

Dieselpreis legt zu

Vor Jahresfrist lag der Dieselpreis noch bei 1.65. Mit den neusten Werten von über 1.80 Franken (plus 10 Prozent) schlagen die hohen Treibstoffbeschaffungskosten jetzt aber wieder empfindlich auf den Transport

durch. Die Astag geht davon aus, dass die meisten Transporteure die Mehrkosten immer mehr ihrer Kundschaft in Rechnung stellen müssen. Dies dürfte laut Gehrken zu ausserordentlichen Preiserhöhungen führen.

«Ausflaggen» als Ausweg

Ein weiteres Problem ist der starke Frankenkurs, mit dem auch das private Transportgewerbe in den letzten Monaten zusehends zu kämpfen hatte: Waren Schweizer Unternehmen vor der massiven Aufwertung des Frankenkurses trotz 5 bis 10 Prozent höherer Produktionskosten gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz aufgrund gewisser Qualitätsvorteile international teilweise noch konkurrenzfähig, so schlägt jetzt das Wechselkursverhältnis zusätzlich nochmals mit bis zu 10 Prozent zu Buche.

«Unter diesen Voraussetzungen sind Schweizer Transportunternehmen kaum mehr international konkurrenzfähig, solange sie aus dem einheimischen Markt heraus operieren. Als Folge davon werden Arbeitsplätze und Fahrzeuge ins europäische Ausland verlagert oder die internationalen Transporte von Schweizer Unternehmen eingestellt», muss der Astag-Direktor feststellen. Diese im Fachjargon als «Ausflaggen» bekannte Tendenz habe im letzten Jahr merklich zugenommen.

Gegen neue Abgaben

Vor diesem Hintergrund scheinen neue Ideen und Ansätze, Steuern und Abgaben weiter zu erhöhen, gänzlich verfehlt und absolut realitätsfremd. Die Astag hat denn auch absolut kein Verständnis dafür, dass die Bundesverwaltung gerade jetzt weitere Abgaben-

Datum: 25.03.2011

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung



EV|UP ERDÖL-VEREINIGUNG
UNION PÉTROLIÈRE

Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 108'536
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 7
Fläche: 53'749 mm²

erhöhungen wie beim Mineralölsteuerzuschlag prüft. Aus dem gleichen Grund opponiert der Verband auch gegen eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen. Für Gehrken ist klar: «Derartige Massnahmen führen zu einer Arbeitsplatzvernichtung und schaden dem Schweizer Gewerbe und der gesamten Wirtschaft. Stattdessen wird damit die ausländische Billigstkonkurrenz indirekt staatlich gefördert.»

Gerade im Strassentransport bestehe genug Anreiz, Treibstoff zu sparen, wo es nur geht. Es brauche keine weitere Lenkungsabgabe, zumal heute schon fast 90 Rappen pro Liter Diesel in die Bundeskasse fliessen. Darüber hinaus erhalte der Bund über die Mehrwertsteuer zusätzliche Mittel, je teurer der Treibstoff ist.

Unter diesen Voraussetzungen geht die Astag davon aus, dass vielen momentan zur Diskussion stehenden Vorlagen ein Totalabsturz droht. «Neben der Volksinitiative «für ein gesundes Klima», der «Off-Roader-Initiative» und der VCS-Initiative «für den öffentlichen Verkehr» dürften auch die heute zur Diskussion stehenden Gegenvorschläge in dieser Form kaum eine Volksmehrheit finden», ist Michael Gehrken überzeugt. Gst